

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Airbus - Benzinpreise - Regionalförderung - Öffentlicher Dienst - Internationale Energieagentur

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1990) : Kurz kommentiert: Airbus - Benzinpreise - Regionalförderung - Öffentlicher Dienst - Internationale Energieagentur, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 9, pp. 437-438

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136673>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Airbus

Verluste durch Dollarschwäche

Während der niedrige Dollarkurs zur Zeit dazu beiträgt, die Belastung der deutschen Wirtschaft durch die Ölpreissteigerungen in Grenzen zu halten, bereitet er den Exporteuren Sorge. Besonders betroffen ist die Deutsche Airbus GmbH. Da Verkehrsflugzeuge in Dollar abgerechnet werden und die Flugzeugbauer mit 1,80 DM bzw. 2 DM kalkuliert hatten, decken die Erlöse nicht mehr die Produktionskosten.

Solange allerdings der Dollarkurs nicht die Grenze von 1,60 DM unterschreitet, wird das Risiko auf die deutschen Steuerzahler abgewälzt. Zu dieser großzügigen Regelung hatte sich die Bundesregierung bereit gefunden, um Daimler-Benz zur Übernahme auch des zivilen Flugzeugbaus zu bewegen. Erst bei weiterem Kursrückgang soll das Unternehmen die zusätzlichen Verluste selbst tragen. Es konnte sich allerdings auch für diesen Fall eine Hintertür offenhalten: Bleibt der Dollar langfristig unter dieser Grenze, kann über eine Neuregelung der Kursabsicherung verhandelt werden. Da der Dollarkurs schon seit einiger Zeit die Marke von 1,60 DM unterschritten hat, ist damit zu rechnen, daß von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird. Das Ergebnis dieser Verhandlungen werden zweifellos weitere Zahlungen aus der Bundeskasse sein.

In dieser Situation will das Wirtschaftsministerium vorschlagen, den Airbus künftig zu ECU-Preisen anzubieten. Dies wäre der Versuch, das Wechselkursrisiko vom Hersteller auf die Käufer zu verlagern. Dadurch würde aber, angesichts der Stärke des ECU, die wesentlich von der D-Mark mitbestimmt wird, und angesichts der starken Marktposition der amerikanischen Konkurrenten, die auch weiterhin in Dollar anbieten, die Wettbewerbsposition des Airbus auch auf dem europäischen Markt geschwächt. wei

Benzinpreise

Schnelle Reaktion

Die Angebotsverknappung beim Öl aufgrund der Ereignisse am Golf hat zu Steigerungen nicht nur der Rohöl-, sondern auch der Benzinpreise geführt. Diese Preiserhöhungen sind verschiedentlich kritisiert worden. Zum

einen wurde den Ölgesellschaften vorgeworfen, ihre Preise schon angehoben zu haben, als eine tatsächliche Angebotsverknappung noch gar nicht vorlag, sondern nur erwartet wurde. Diese Art der Kritik verkennt, daß es in einer Marktwirtschaft in der Tat die Erwartungen sind, die die Preise bestimmen: Bei einer erwarteten Angebotsverknappung steigt der Wert der gelagerten Reserven sofort; der Marktpreis eines Gutes wird nicht durch die ihm zurechenbaren Kosten bestimmt. Zum anderen hatte das Bundeskartellamt ein Verfahren wegen mißbräuchlicher Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung gegen zwei Mineralölkonzerne eröffnet, weil die Benzinpreise auf dem Regionalmarkt Hamburg deutlich stärker angehoben worden waren als auf dem Spotmarkt in Rotterdam.

Der Verdacht eines Preismißbrauchs liegt hier in der Tat nahe, zumal in anderen Gebieten Deutschlands die Preise weniger stark stiegen. Die Erwartungen über Angebot und Nachfrage müßten sich schließlich ebenso auf die Preise in Rotterdam wie in Hamburg niederschlagen. Und in einer Situation, in der die Verbraucher über die weitere Preisentwicklung unsicher sind, dürften überhöhte Preise leicht durchzusetzen sein; der Anreiz zum Preismißbrauch ist daher groß. Die schnelle Reaktion des Berliner Amtes hat inzwischen Früchte getragen, die Preise sind in der beanstandeten Region gesenkt worden. Das Amt hat damit die Wirksamkeit der Wettbewerbsgesetzgebung zum Schutz der Verbraucher bewiesen; gerade in der Zeit des deutsch-deutschen Zusammenwachsens ist dies ein beruhigendes Signal. kra

Regionalförderung

Bevorzugung der neuen Länder

Der Einigungsvertrag sieht vor, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ auf die Länder der bisherigen DDR zu übertragen. Für zunächst fünf Jahre stellen der Bund und die neuen Länder zusammen jährlich 3 Mrd. DM zur Subventionierung von gewerblichen Investitionen bereit. Um einen Präferenzvorsprung sicherzustellen, darf der Förderehöchstsatz um bis zu zehn Prozentpunkte durch Beihilfen ohne regionale Zielsetzung überschritten werden. Die besonders dringlichen Investitionen der Kommunen in die wirtschaftsnahe Infrastruktur sollen in der DDR

höher als bisher im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe üblich mit bis zu 90% bezuschußt werden.

Bei diesem Regionalprogramm vermißt man eine klarere marktwirtschaftliche Linie, die noch stärker auf die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Investitionen abstellt. Die Effizienz von Subventionen bleibt fraglich, denn es zeigt sich immer wieder, daß bei Standortentscheidungen andere Faktoren die entscheidende Rolle spielen. Andererseits macht der desolate Zustand der Infrastruktur in den neuen Bundesländern diese nicht gerade zu konkurrenzfähigen Produktionsstandorten für neue Betriebe. Sehr viel sinnvoller wäre mithin eine entsprechende Umschichtung der knappen Mittel zugunsten der kommunalen Infrastrukturausstattung.

Läßt man ordnungspolitische Bedenken in Anbetracht der Beschäftigungsprobleme in der bisherigen DDR außer acht, so sollte zumindest kurzfristig eine noch stärkere Bevorzugung der neuen Länder angestrebt werden. Wenn es nämlich dabei bleibt, daß die bisherige Zonenrand- und Berlinförderung erst nach sieben Jahren völlig entfällt und die sonstigen westdeutschen Fördergebiete weitgehend unangetastet bleiben, werden die neuen Bundesländer von den geplanten Maßnahmen kaum profitieren. rr

Öffentlicher Dienst

Falsche Reihenfolge

Von Warnstreiks begleitet, haben sich die Tarifparteien des öffentlichen Dienstes der DDR rasch geeinigt: Die 1,7 Mill. Beschäftigten erhalten ab 1. September um 200 DM höhere Löhne und Gehälter sowie rückwirkend ab 1. Juli einen Sozialzuschlag von 50 DM für jedes Kind. Teilzeitbeschäftigte werden anteilig an der Erhöhung teilhaben, Auszubildende erhalten 40 DM mehr. Den Staatshaushalt belastet dieser Tarifabschluß mit gut 2 Mrd. DM.

Pauschale Einkommensverbesserungen so schnell nach der Währungsunion mögen aus sozialen Erwägungen verständlich sein, ökonomisch sind sie nicht der richtige Weg. Den Vorwurf, die falsche Reihenfolge eingehalten zu haben, muß sich nun auch der öffentliche Dienst gefallen lassen, denn als der wichtigste Maßstab für Lohnerhöhungen ist der Produktivitätsfortschritt anzusehen. Diese Orientierungsmarke gilt auch für die staatlich Beschäftigten, denn sie sollen nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt werden.

Die relativ kurze Laufzeit des Tarifvertrags bis zum 31. Mai 1991 soll offenbar die Möglichkeit offenhalten, rasch

weitere Verhandlungen über die Anpassung an westdeutsche Tarifstrukturen aufzunehmen. Wegen der schwierigen Übergangsprobleme sollte jedoch hinsichtlich der tariflichen Anpassung ein gemäßigteres Tempo eingeschlagen werden, zumal für eine beträchtliche Zahl von Beschäftigten die Gefahr besteht, nicht in den öffentlichen Dienst des vereinten Deutschlands übernommen zu werden. Vorrangig sind Programme, die Umsetzungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten innerhalb des öffentlichen Dienstes aufzeigen. dw

Internationale Energieagentur

Stärkeres Gewicht

Während die Zukunft der OPEC durch den Überfall des Irak auf Kuwait in Frage gestellt ist, steigt die Anziehungskraft ihres Pendantes auf der Seite der Ölimporteure, der Internationalen Energieagentur. Als die IEA im Jahre 1974 als Antwort der Industrieländer auf den arabischen Ölboykott gegründet wurde, blieb Frankreich als einziges wichtiges OECD-Land der Organisation fern, um seine besonderen Beziehungen zu arabischen Ölländern nicht zu gefährden. Mit den jetzt bekanntgewordenen Bemühungen um Aufnahme in die IEA beendet Frankreich seinen Alleingang.

Schon vor diesem Einschwenken Frankreichs folgte seine Energiepolitik weitgehend der gemeinsamen Linie der Industrieländer. Mit der Mitgliedschaft in der IEA wird aber die Arbeit dieses eigenständigen Gremiums im Rahmen der OECD vereinfacht. Denn in Krisensituationen wird die Koordination von Maßnahmen erleichtert, wenn der bisherige Umweg der indirekten Einbindung Frankreichs über den nur zu diesem Zweck geschaffenen Krisenmechanismus der EG überflüssig wird.

Ob die Zusammenarbeit in der IEA zum gegenwärtigen Zeitpunkt wesentlich zur Preisberuhigung auf dem Weltölmarkt beitragen kann, ist allerdings fraglich. Der Aufforderung, mit Hilfe von Ölverkäufen aus staatlichen Vorratslagern Zeichen zu setzen, ist die Organisation bisher nicht nachgekommen, unter anderem wohl deshalb, weil die Signale leicht mißverstanden werden könnten. Schließlich hat auch die massive Erhöhung der Ölförderung durch einige OPEC-Länder und insbesondere durch Saudi-Arabien bislang keine nachhaltige Preissenkung bewirkt. In einer Situation akuter Unsicherheit über die Entwicklung am Persischen Golf wie zur Zeit sind die Möglichkeiten zur Beeinflussung des Ölmarktes offensichtlich sehr begrenzt. ma